

2 Meinungen

Leserbriefe

Sparprogramm: Das Geld bei den Reichen holen

Zu «Der Kanton soll den Gürtel enger schnallen», SN vom 25. 9.

Der Kanton Schaffhausen muss 40 Millionen Franken sparen. So weit, so gut. Dass dies nur möglich ist, wenn die gesamte Bevölkerung mithilft, leuchtet mir auch noch ein. Auf Neudeutsch sagt man dazu: Opfersymmetrie. Theoretisch muss jeder Schaffhauser etwa 500 Franken beisteuern, und wir sind die finanziellen Probleme (vorerst) los. Opfersymmetrie bedeutet für mich aber nicht, dass man diese 500 Franken nach dem Staubsaugerprinzip flächendeckend bei allen eintreiben darf. Wer mehr hat, soll auch mehr geben. Das ist für mich Gerechtigkeit. Im Steuersystem wurde dafür das Mittel der Progression eingeführt. Schaffhausen besteht nun mal nicht nur aus IWC-Uhren tragenden Weidlingfahrern, die diese 500 Franken relativ locker verschmerzen könnten. Dass mit dem Entlastungsprogramm 2014 nun flächendeckend alle Pendler, Ehepaare, Invaliden, Alten, Schüler und Familien unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten den gleichen Beitrag leisten müssen, ist für mich ein falscher Ansatz. Ich wünsche mir von unserer Regierung mehr Mut! Ich würde die in den vergangenen Jahren gemachten Steuererleichterungen für die Wohlhabenden teilweise rückgängig machen. Ich würde das Geld dort holen, wo es etwas zu holen gibt. Ich würde mein Entlastungspaket gerechter schnüren.

Dani Spitz
Schaffhausen

Super-League-Stadion für Kinder?

Zu «Disput über freiwillige Abstimmung», SN vom 17. 9.

Ihr Druck auf die Tränendrüsen der Stimmberechtigten, liebe Frau Fontana, ist so abstrus, abstruser geht nicht. Niemand, der gegen den städtischen Zwei-Millionen-Beitrag an das Profi-Fussballstadion ist, will «Kinder unglücklich machen», weil sie ohne dieses Stadion nicht mehr Fussball spielen könnten. Kinder brauchen kein Super-League-Stadion mit Kunstrasen und 8100 gedeckten Sitzplätzen! Glauben Sie tatsächlich, dass je einmal ein Kind im FCS-Park zum Training auflaufen wird? Selbst das Hauptspielfeld auf der Breite ist für Kinder tabu. Was die vielen, fussballbegeisterten Jugendlichen brauchen, sind weitere Trainingsplätze. Und dafür sollten die zwei Mio. Franken eingesetzt werden. Von mir aus dürften es ohne Weiteres auch mehr sein.

Karl Schlatter
Schaffhausen

Prosperierendes Museum mit Jezler

Zu «Stadt verteidigt die Freistellung Jezlers», SN vom 20. 9.

Wir erinnern uns, eine Neuausrichtung soll dem Museum mehr Glanz verleihen. Einleuchtend, dass dies kaum zu realisieren ist unter Beibehaltung der Verwaltungsstrukturen. Grundlage für Fortschritt liegt in der Veränderung. Eine Philosophie, die Flexibilität, Innovation und Herzblut abverlangt. Die Schweizer Industrie wäre kaum wettbewerbsfähig ohne

diese Eigenschaften sowie Fusionen, bei denen Belegschaften mit neuen Chefs vorlieb nehmen müssen. So wie eben mit Peter Jezler, welcher dem Museumsbetrieb eine notwendige dynamische Gangart verordnete, gemäss Leistungsauftrag. Ein Engagement mit vielen Open-End-Arbeitstagen sowie ein sehr gutes Beziehungsnetz waren ausschlaggebend, solch tolle Events zu ermöglichen. Unweigerlich hat man Gas geben müssen, um diese Ziele zu realisieren. Er hat es vorgelebt, konnte die Belegschaft motivieren und begeistern, ausser eben ein paar wenigen, die solche Chefs nicht so gerne vertragen. Fragwürdigerweise gelang es einer solchen Minderheit, ihr Unbehagen dramaturgisch hochzuschaukeln, bis die Reissleine gezogen wurde. Nirgends wird ein Macher, welcher die Ziele mit Bravour erreicht, freigestellt. Das ist gar nicht gut angekommen. Peter Jezler hat einen enormen Rückhalt in der Bevölkerung, welche konsterniert ist. Daher auch seine Bereitschaft weiterzumachen. Diese Signalwirkungen müssten seitens der verantwortlichen Stadträte couragiert gewürdigt werden, im Sinne eines prosperierenden Museums mit Peter Jezler. Es wird sonst mehr als einen Verlierer geben.

Ernesto Laich
Schaffhausen

Energiewende die Zähne gezogen

Zu «Ringeln um die Energiewende», SN vom 23. 9.

Kurz nach Fukushima hat sich der bürgerliche Kantonsrat endlich zum Lippenbekenntnis Atomausstieg durchringen können. Was der Regierungsrat dem Kantonsrat nun als Massnahmenpaket vorgelegt hat, hat weit mehr zum Ziel als den Atomausstieg (beispielsweise erhöhte Unabhängigkeit vom Erdöl) – das ist auch gut so, denn der Atomausstieg ist mit der regierungsrätlichen Vorlage niemals zu schaffen. Es hat sich im Parlament nun aber gezeigt, dass die Mehrheit der SVP und grosse Teile der FDP keinesfalls bereit sind, handfeste Schritte in Richtung Stromsparen zu unternehmen. Der bereits wenig ambitiös angelegten Vorlage, die nicht einmal den Minimalkonsens der Konferenz der Schweizerischen Energiedirektoren abbildet, wurden vom Kantonsrat die letzten Zähne gezogen. Dass Anträge auf Beibehaltung der regierungsrätlichen Fassung weniger als 12 Stimmen gemacht haben, spricht Bände – auch für das Engagement der SP in dieser Frage, die offensichtlich jede Hoffnung auf die Energiewende aufgegeben hat.

Matthias Frick
Trasadingen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Korrigenda

DIE SICHERHEIT GEHT ÜBER DEN ALPENSCHUTZ
SN vom 25. 9.

Das Bild zum Artikel zeigt den Seelisbergertunnel, nicht den Gotthard-Strassentunnel.

DIE PATIENTEN WOLLEN DIE BESTE MEDIZIN
SN vom 26. 9.

Eine vierköpfige Familie im Kanton Schaffhausen muss ab 2015 rund 720 Franken mehr pro Jahr für die Krankenkasse aufwenden.



Der Gotthardtunnel in der Nähe des Nordportals. Auch der Nationalrat hat einer zweiten Röhre nun zugestimmt.

Bild Key

Was beinhaltet gelebte Solidarität?

Einen zweiten Strassentunnel am Gotthard zu bauen, ist nachhaltig. Auch die Alpenschutz-Initiative wird eingehalten, weil die für den Verkehr zur Verfügung gestellte Fläche nicht erweitert wird.

VON THOMAS HURTER

Unser Land ist bekannt für Solidarität. Gerade der Föderalismus erfordert in vielen Bereichen eine solidarische Haltung, um schlussendlich im Landesinteresse zu handeln. Als Mitglied der nationalrätlichen Verkehrskommission erlebe ich immer wieder hautnah, was es heisst, solidarisch zu sein. Oft sind verkehrspolitische Anliegen eher regionale Anliegen, können aber durchaus auch nationale Auswirkungen haben oder umgekehrt. Zuweilen wird der Solidaritätsgedanke etwas strapaziert, wenn gewisse Regionen versuchen, ursprünglich abgelehnte Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt wieder einzubringen. Wer Solidarität fordert, sollte solche Vorgehensweisen spärlich wählen. Oder anders gesagt, grosse Regionen sollten nicht auf Kosten kleinerer Regionen «spielen».

Diese Woche hat der Nationalrat die Sanierung der bestehenden Gotthardröhre aus dem Jahre 1980 diskutiert. Praktisch sämtliche Votanten sprachen von Solidarität und interpretierten diese auf ihre Weise. Der Bau der zweiten Röhre ist ein Vorhaben, das die Solidarität aller Kantone fordert.

Sicherheit zentral

Die Ausgangslage ist klar und unwiderruflich. Der ab 1970 gebaute drittlängste Strassentunnel der Welt muss dringend saniert werden. Die Sanierung sollte bis 2025 durchgeführt werden. Sofern man den Strassentunnel 365 Tage im Jahr sperren könnte, würde die Sanierung 900 Tage oder zweiein-

halb Jahre beanspruchen. Vor allem Sicherheitsüberlegungen, die Tatsache, über keine vernünftigen Alternativen während der Sperrung zu verfügen, sowie die drohende Isolation einer Region oder Zerteilung unseres Landes haben den Bundesrat veranlasst, eine zweite Röhre vorzuschlagen. Sobald die neue Röhre bereit ist, kann die Sanierung des alten Tunnels vorgenommen werden. Ohne zweite Röhre müssten Ausweichrouten gefunden werden, Verladestationen in der Grösse von mehreren Fussballfeldern im Urnerland und im Tessin gebaut und später wieder rückgebaut werden. Das gleiche Problem würde sich bei einer erneuten

Sanierung wieder stellen. Insofern ist ein zweiter Strassentunnel auch eine nachhaltige Lösung. Die Differenz von rund 1 Milliarde Franken (die Sanierung mit Verladestationen wird auf 1,7 Milliarden Franken geschätzt, die Sanierung mit dem Bau einer zweiten Röhre auf circa 2,8 Milliarden Franken) zahlt sich langfristig aus.

EU akzeptiert Alpenschutzartikel

Die Gegner im Nationalrat monierten, dass der Alpenschutzartikel keine Kapazitätserweiterung zulasse. Zwei Röhren im Einspurbetrieb zu betreiben, sei wegen des Drucks der EU nicht durchzusetzen. Dem ist entgegenzuhalten, dass das mit der EU abgeschlossene Landverkehrsabkommen (1999) den Alpenschutzartikel mitumfasst, welcher insofern durch die EU akzeptiert ist. Weil nach dem Bau der zweiten Röhre und nach der Wiederinbetriebnahme der sanierten ersten Röhre die beiden Tunnelröhren nur mit je einer Fahrspur pro Richtung betrieben werden, wird die für den Verkehr zur Verfügung gestellte Fläche nicht erweitert. Insofern wird die Alpenschutz-Initiative eingehalten.

Mit Sicherheit wird das Referendum ergriffen werden, sodass sich die Schweizer Bevölkerung zu diesem Thema 2015 oder 2016 noch äussern dürfte. Dann wird sich zeigen, ob die Schweiz bereit ist, sich solidarisch zu zeigen und dem Thema Sicherheit (einspuriger Röhrenbetrieb) einen genügend hohen Stellenwert einzuräumen. Viel Zeit bleibt nicht mehr.

Thomas Hurter ist Schaffhauser Nationalrat (SVP).

Presseschau Nationalrat sagt Ja zur zweiten Gotthardröhre

Die Chancen der Tunnelgegner beim Volk stehen gut, weil sie die Macht des Bildes auf ihrer Seite haben. Bergwelt, Natur und Heimat, die es gegen dröh-

Das Versprechen des Bundesrats, die Kapazitäten am Gotthard dereinst nicht zu erhöhen, ist durchaus glaubwürdig. Trotzdem bleibt fraglich, ob

Es wird nach Inbetriebnahme der beiden Röhren nicht lange gehen, bis die ersten Versuche unternommen werden, alle vier Spuren für den stetig

Tagesanzeiger

nendes Blech zu verteidigen gilt: Das sind starke Symbole – umso mehr, wenn der Berg den mythisch aufgeladenen Gotthard-Namen und das Blech EU-Nummernschilder trägt. Schon frühere verkehrspolitische Abstimmungen wurden so zum Missfallen des Establishments entschieden: die erfolgreiche Alpen-Initiative 1994, der gescheiterte Gotthard-Vierspurbetrieb 2004.

Neue Zürcher Zeitung

sich das Regime mit nur zwei Spuren auf die Dauer gegenüber der Europäischen Union aufrechterhalten liesse. Das Landverkehrsabkommen untersagt nämlich die künstliche Beschränkung von vorhandenen Verkehrskapazitäten. Daran ändern auch die Beteuerungen der EU-Kommission nichts, der vorgesehene Betrieb sei mit dem bilateralen Abkommen vereinbar.

DIE SÜDOSTSCHWEIZ

wachsenden Verkehr freizugeben. Natürlich ist das nicht verfassungskonform. Aber was heisst das schon, wenn das Fait accompli befahrbar ist? (...) Ehrliche Politik geht anders. Nämlich so: Verzicht auf eine versteckte Agenda und Alpenschutzartikel vors Volk. Nun riskieren Bundesrat und Parlament eine Abfuhr, die Zeit kostet, derweil sich der Zustand des maroden Tunnels weiter verschlechtert.